Great change is here.

Linklaters

Energiewende und Stromnetzausbau

Institut für Energie- und Regulierungsrecht Berlin

Jahrestagung

5. Dezember 2019, Berlin

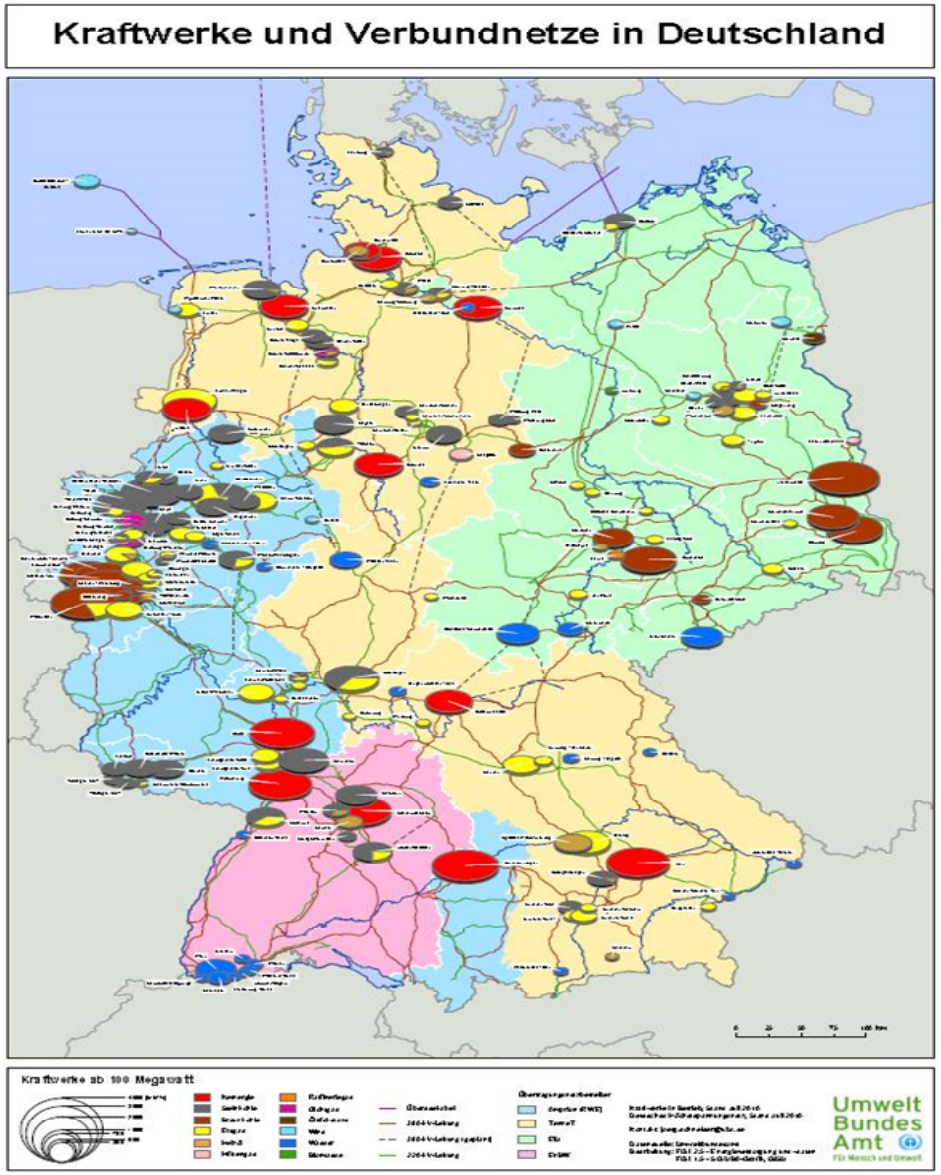
Dr. Markus Appel, LL.M., FAVerwR
Partner, Linklaters LLP, Berlin

Überblick

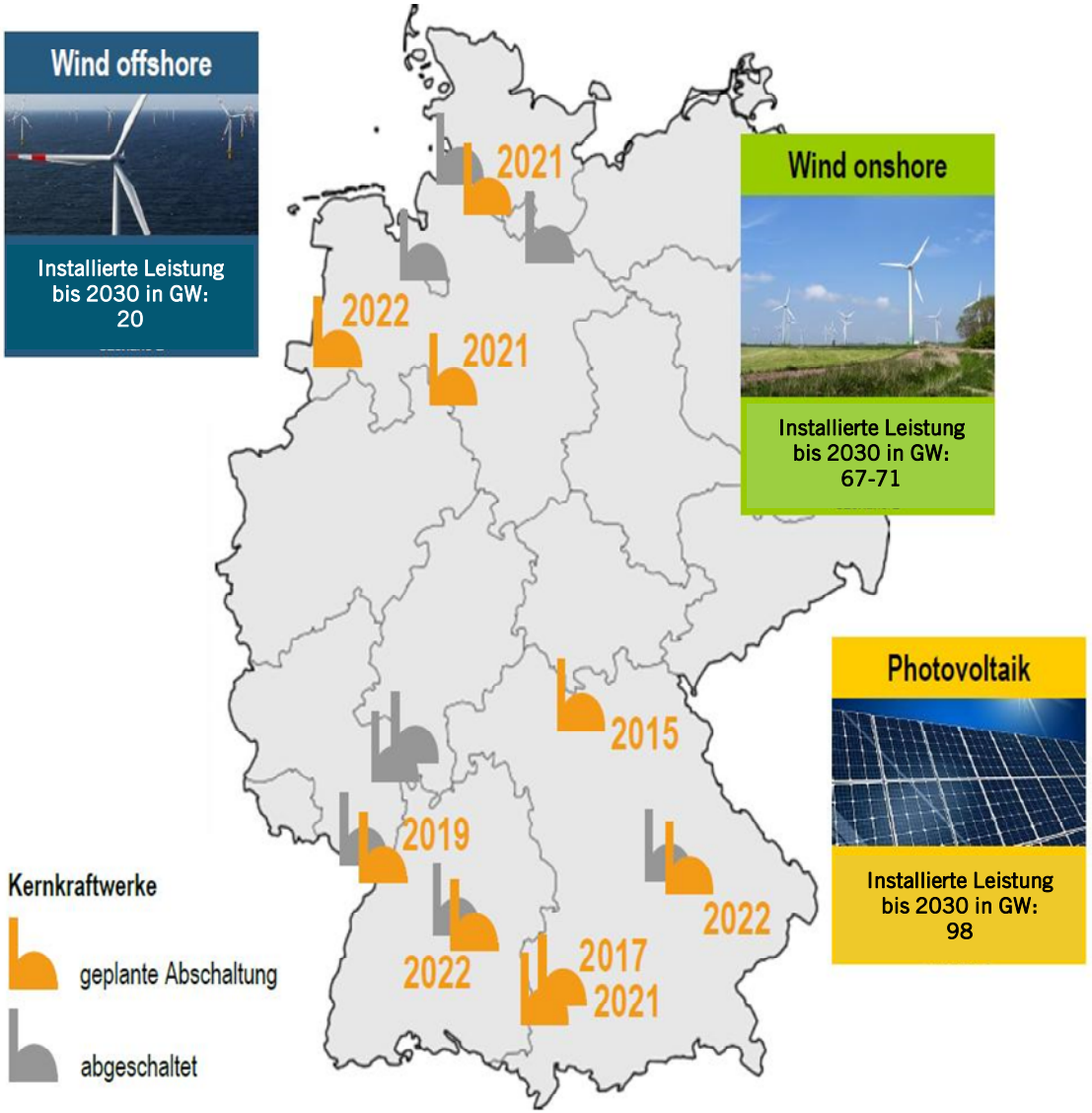
1. Stromnetzausbau als Transmissionsriemen der Energiewende
2. Übersicht zu seit 2011 getroffenen Beschleunigungsmaßnahmen und Bewertung
3. Praxisbeispiel SuedLink
4. Lessons learned und Ausblick

1. Stromnetzausbau als Transmissionsriemen der Energiewende

Die „alte Welt“: Energieerzeugung nahe der Verbrauchzentren



Die „neue Welt“: Energieerzeugung v.a. im Norden, Verbrauch v.a. im Süden und Westen Deutschlands



Aus EnLAG und BBPlG ergibt sich aktuell eine gesetzliche Planrechtfertigung für ca. 7.700 km Leitungen.

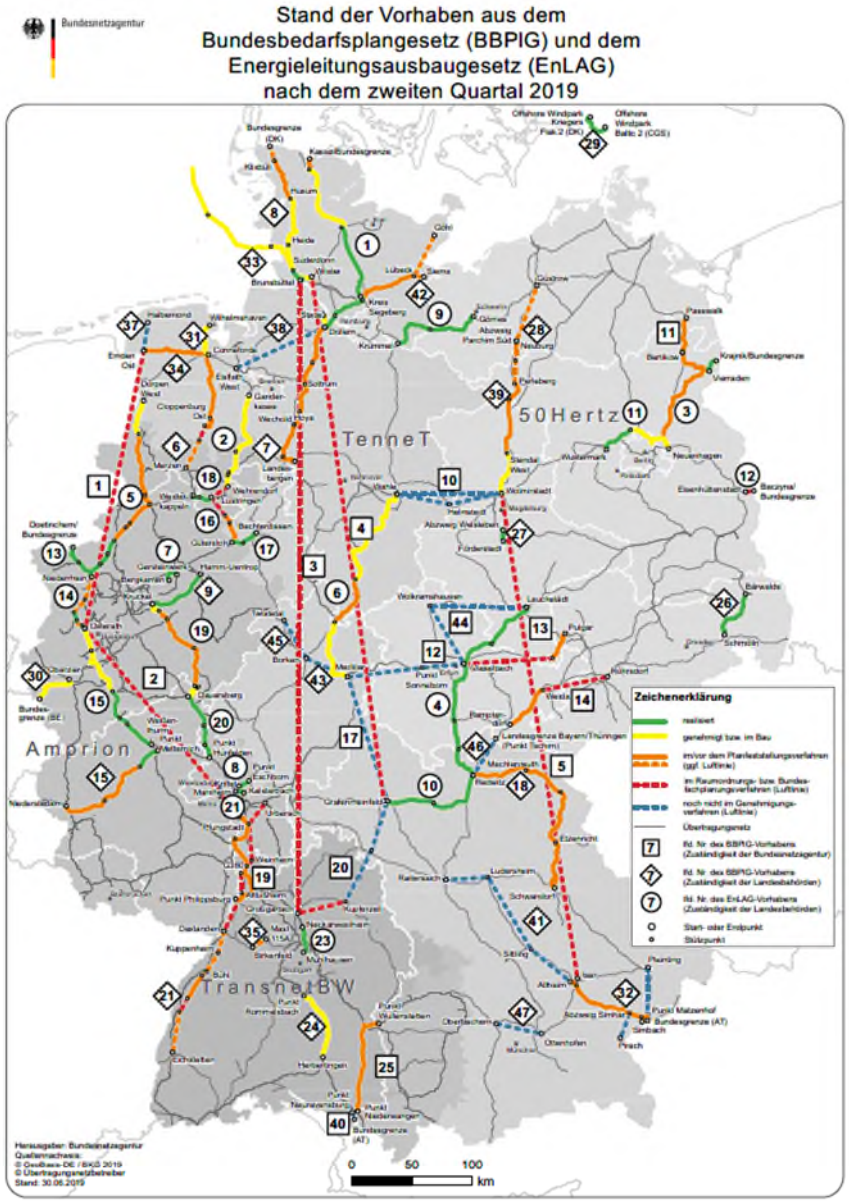
Davon waren in Q2/2019

> ca. 1.150 km gebaut,

> ca. 1.850 km zugelassen, aber noch nicht gebaut,

> ca. 4.650 km in laufenden Planungs- bzw. Zulassungsverfahren.

Nach aktuellem NEP-Entwurf weiterer Ausbaubedarf.



2. Übersicht zu den seit 2011 getroffenen Beschleunigungsmaßnahmen und Bewertung

Übersicht neues Planungs-/Genehmigungsregime für Stromübertragungsleitungen eingeführt ab Sommer 2011

Netzentwicklungsplanung (§§ 12a-c EnWG)	
Bundesbedarfsplanung (§12e EnWG) > Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG)	
für länderübergreifende / grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen sowie Offshore-Anbindungsleitungen:	für alle sonstigen Leitungen bleibt es im Wesentlichen beim bisherigen Recht:
Bundesfachplanung (§§ 4 ff. NABEG) *> zuständig: BNetzA*	Raumordnungsverfahren *> zuständig: Landesbehörde*
Planfeststellung (§§ 18 ff. NABEG) *> zuständig: BNetzA*	Planfeststellung (§§ 43 ff. EnWG) *> zuständig: Landesbehörde*
Einführung HGÜ-Erdkabelvorrang / § 3 BBPlG (Dezember 2015)	
NABEG 2.0 (Mai 2019)	

NEP-Prozess und Bundesbedarfsplanung (BBPlG)

- Transparenter Bedarfsplanprozess grundsätzlich positiv („Verobjektivierung“ der Planrechtfertigung)
- Übermäßiger Verfahrensaufwand seit Einführung des zweijährigen NEP-Prozesses abgemildert
- Gefahren für die Validität der Bedarfsplanung:
  - Entscheidungshoheit über die Bedarfskriterien?
  - Politische Einflussnahmen auf Bedarf?

NABEG und Bundesfachplanung

- Bislang nur wenige Bundesfachplanungsverfahren abgeschlossen und durchschnittlich lange Dauer
- Gründe dafür sind vielschichtig, u.a.
  - Notwendigkeit zur Erarbeitung methodischer Anforderungen zur praktischen Umsetzung des neuen Planungsinstruments
  - Starke öffentliche Wahrnehmung der Projekte (infolge Großräumigkeit, rollierenden NEP-Prozess etc.)
  - Änderungen der gesetzlichen Planungsvorgaben (z.B. Netzverknüpfungspunkte, Verlegetechnologie)

HGÜ-Erdkabelvorrang

> Einführung setzte die bis dato laufenden HGÜ-Verfahren quasi „auf Null“ (Zeitverlust von ca. 3 Jahren)

> „Aus den Augen aus dem Sinn“ entspricht nicht der praktischen Planungsrealität

> Technische Realisierungserschwernisse nicht zu unterschätzen (insbesondere auch im Hinblick auf spätere Bedarfserhöhungen)

> Stark gestiegene Projektkosten steigern nicht die Akzeptanz der Energiewende

NABEG 2.0

Wichtige Beschleunigungsregelungen insbesondere:

> Einführung der Möglichkeiten zum Verzicht auf die Bundesfachplanung (§ 5a NABEG)

> Erweiterung der Möglichkeit zum Verzicht auf die Planfeststellung (§ 25 NABEG; § 43f EnWG)

> Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 44c EnWG)

> Verlegung von Leerrohren (§ 18 Abs. 3 NABEG, § 44j EnWG)

3. Praxisbeispiel SuedLink

SuedLink: „Die gute Monstertrasse“ (Zitat aus Spiegel v. 02.06.2014)

Erstmals enthalten im Bundesbedarfsplan 2013 als Maßnahmen:

> Nr. 3 „Brunsbüttel – Großgartach“

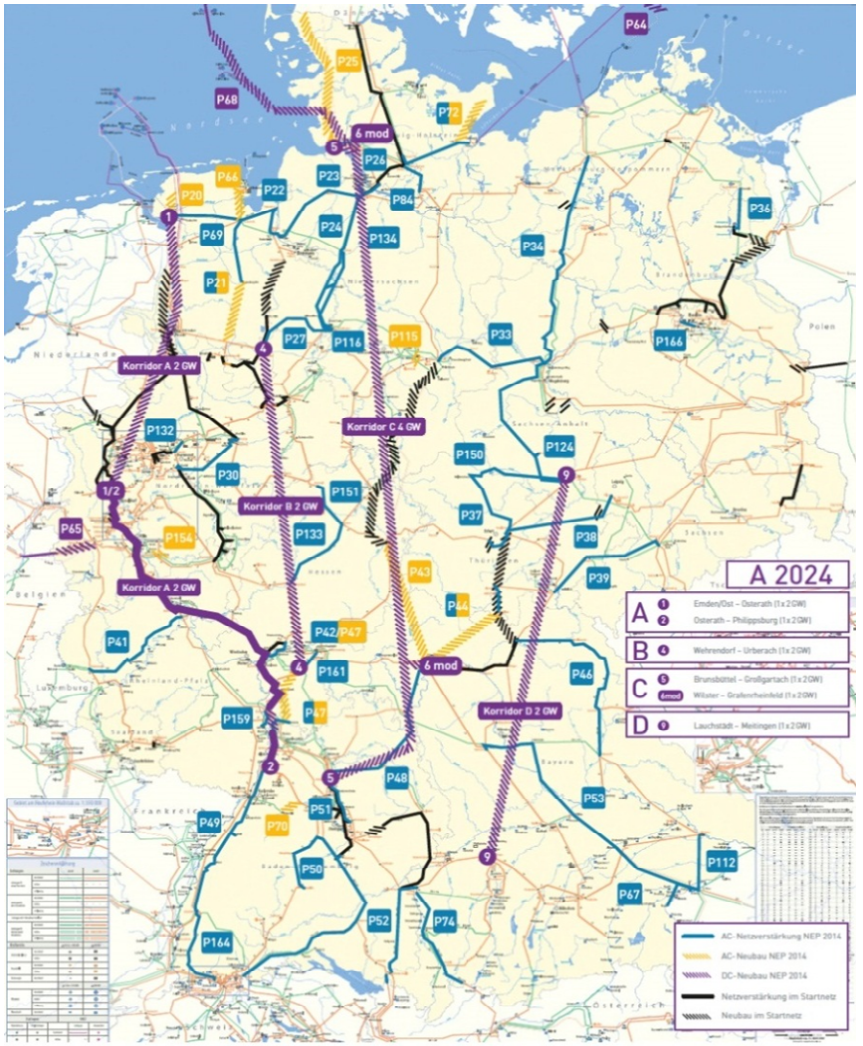
> Nr. 4 „Wilster – Grafenrheinfeld“ (jetzt „Wilster – Bergrheinfeld-West“)

Zentrale HGÜ-Verbindung zwischen Nord-Süd-Deutschland (und Verbindung über den NVP Wilster zu NordLink / Norwegen)

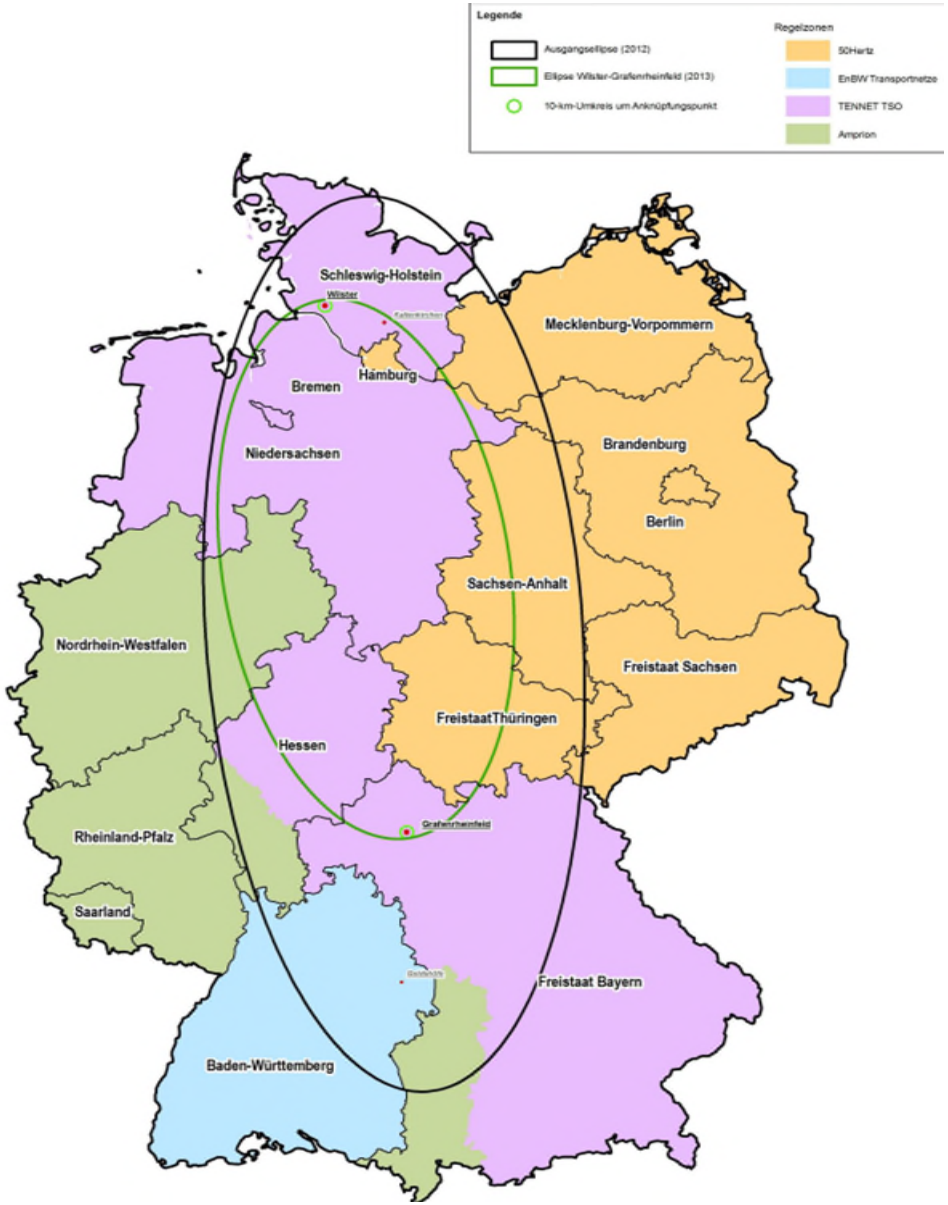
Ca. 700 km / 4 GW Übertragungsleistung

HGÜ-Erdkabelvorrangprojekt (seit Ende 2015)

Projektpartner: TenneT und TransnetBW



Herausforderungen: Weitreichende, mehrere Bundesländer erfassende Untersuchungsräume



Inkonsistente Datengrundlagen – Bsp.: Raumordnung

Träger der Landes- und Regionalplanung

- Planungsregion der Landesplanung
- Planungsregion der Regionalplanung
- Landesplanung oder Flächennutzungsplanung ersetzt Regionalplanung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

- 15 Landesraumordnungspläne

- 104 Regionalpläne

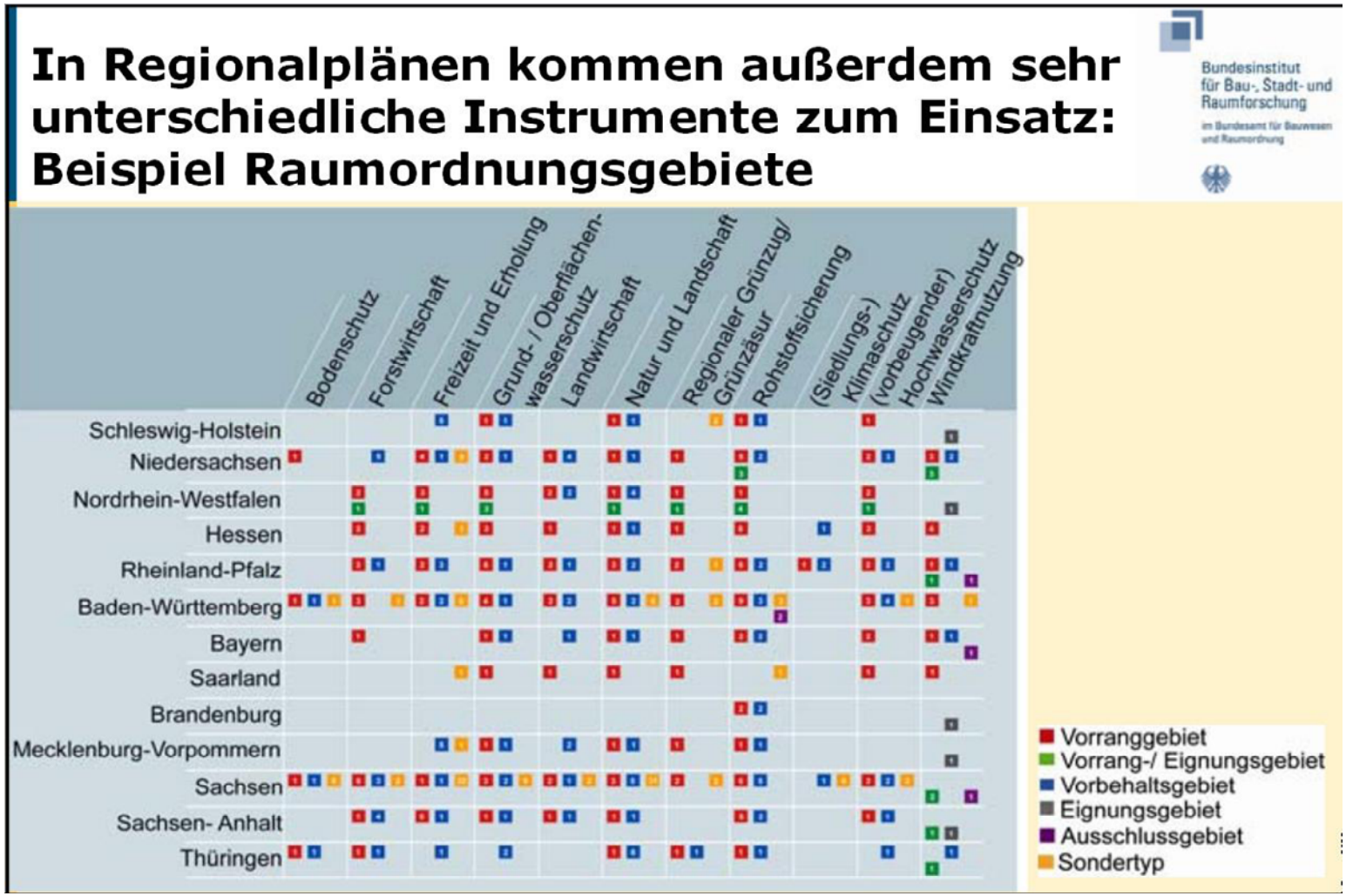
- Zahlreiche Änderungen, Teilfortschreibungen, Teilpläne, Entwürfe

Brigitte Zaspel, BBR

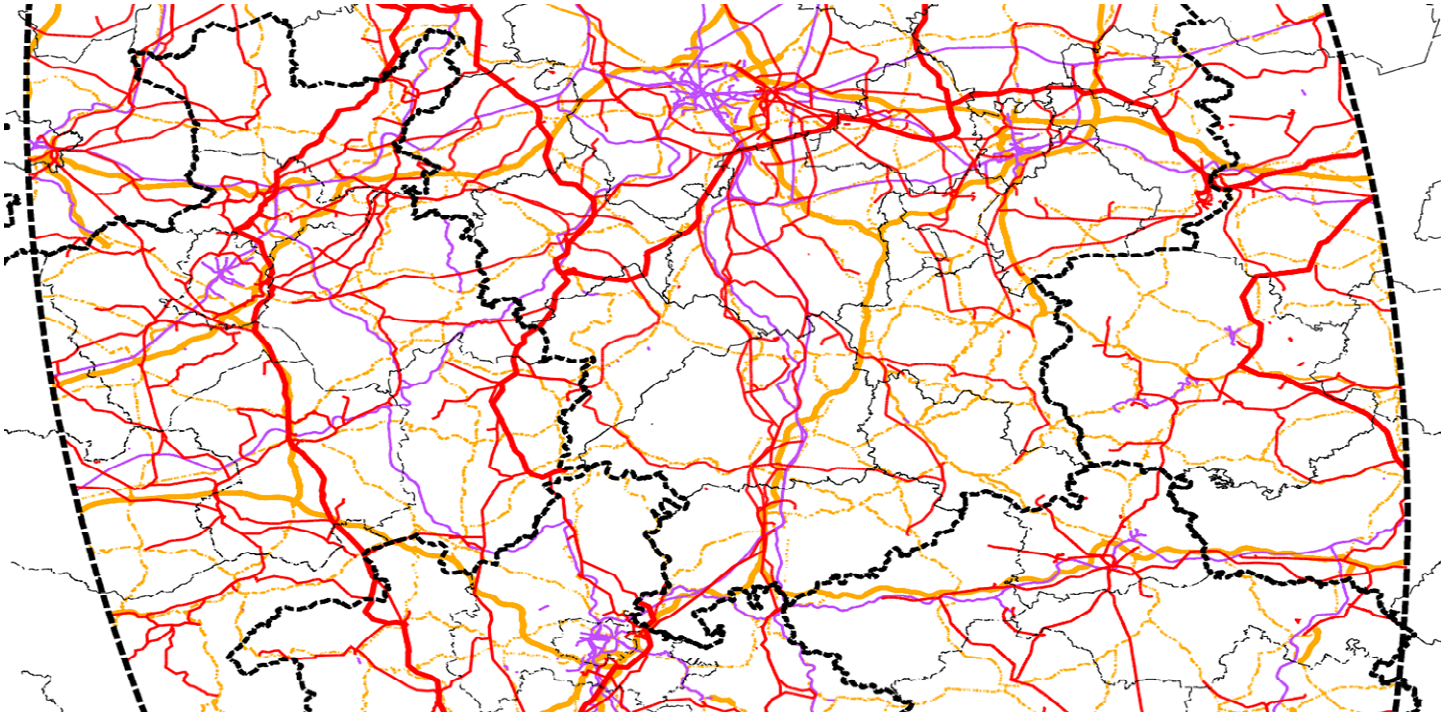
Raumordnungsplan-Monitor (ROPLAMO)

Folie 6
München, 13. Oktober 2010

Inkonsistente Datengrundlagen – Bsp.: Raumordnung



Verschiedene Möglichkeiten zur Orientierung an Bündelungsoptionen



Freileitung (380-kV-Spannungsebene)

Freileitung (Spannungsebene nicht differenziert - mind. 110-kV)

Bundesautobahn

Bundesstraße

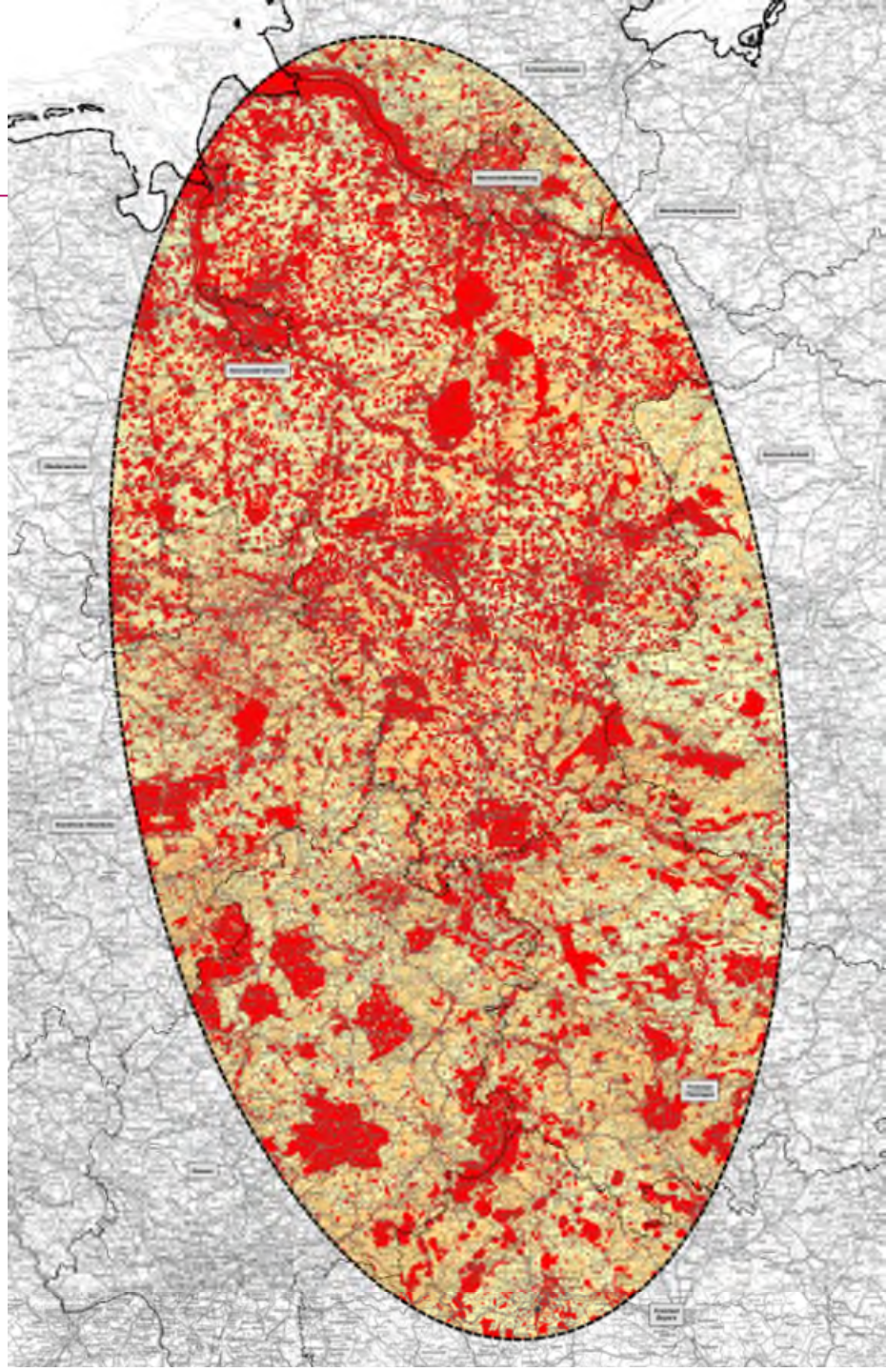
Bahnlinie (elekrifiziert)

Great change is here.

Linklaters

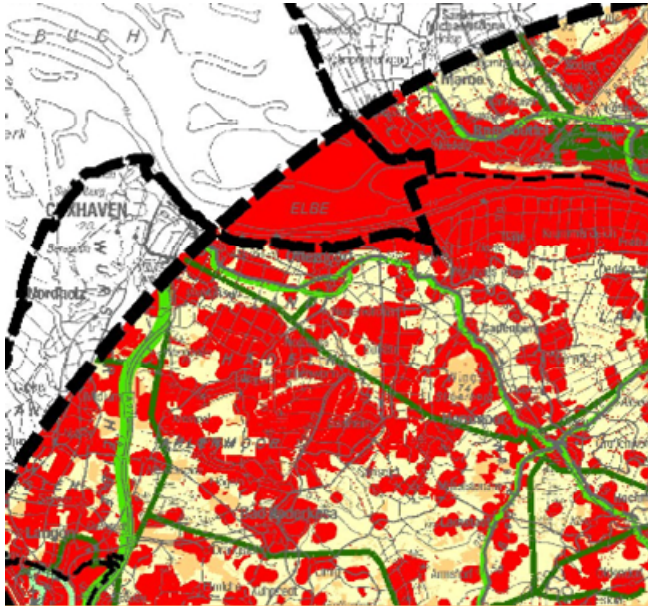
SuedLink 1.0:
Schritte zum Korridorvorschlag

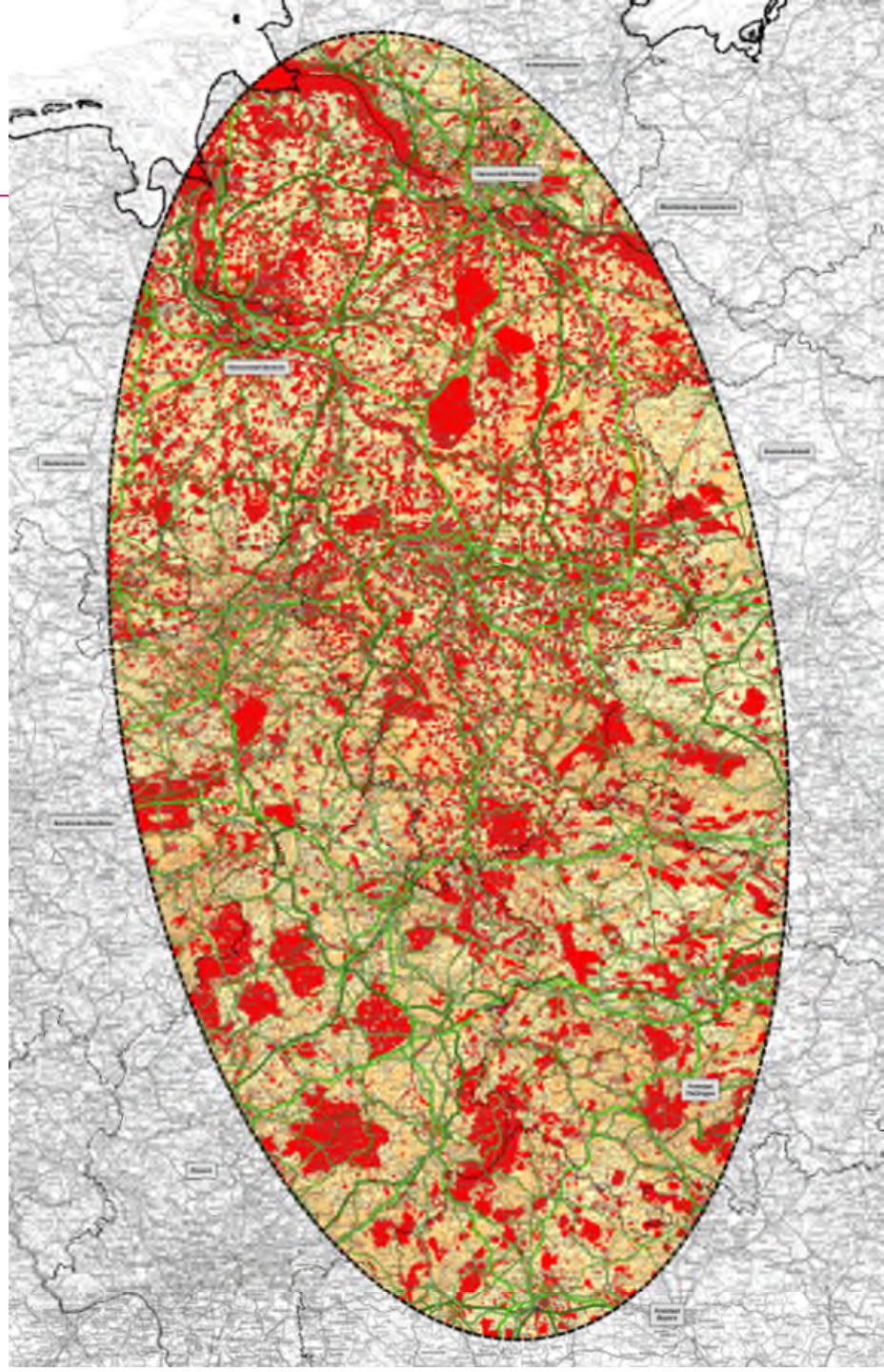
Raumwiderstandsanalyse
mit
Einteilung in Raumwiderstandsklassen



Schritte zum Korridorvorschlag

Raumwiderstandsanalyse
mit
Bündelungsoptionen

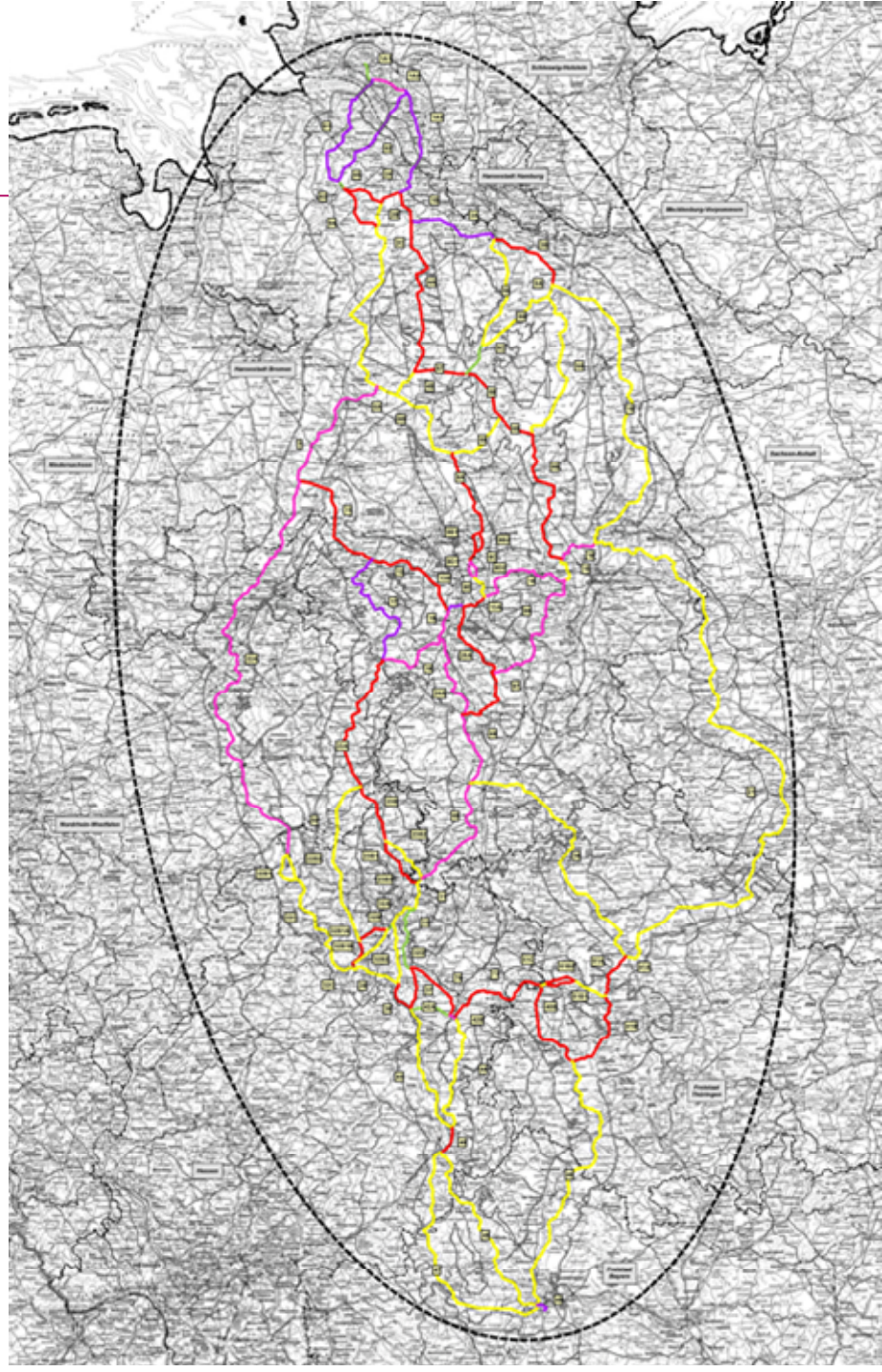




Ermittlung des Korridorvorschlags

Ermittlung der
Eignung aller Trassenkorridor-
Teilstücke anhand der

> Umwelt- und Nutzungskriterien
> Ziele der Raumordnung
> Kosten für den Stromkunden / Versorgungssicherheit



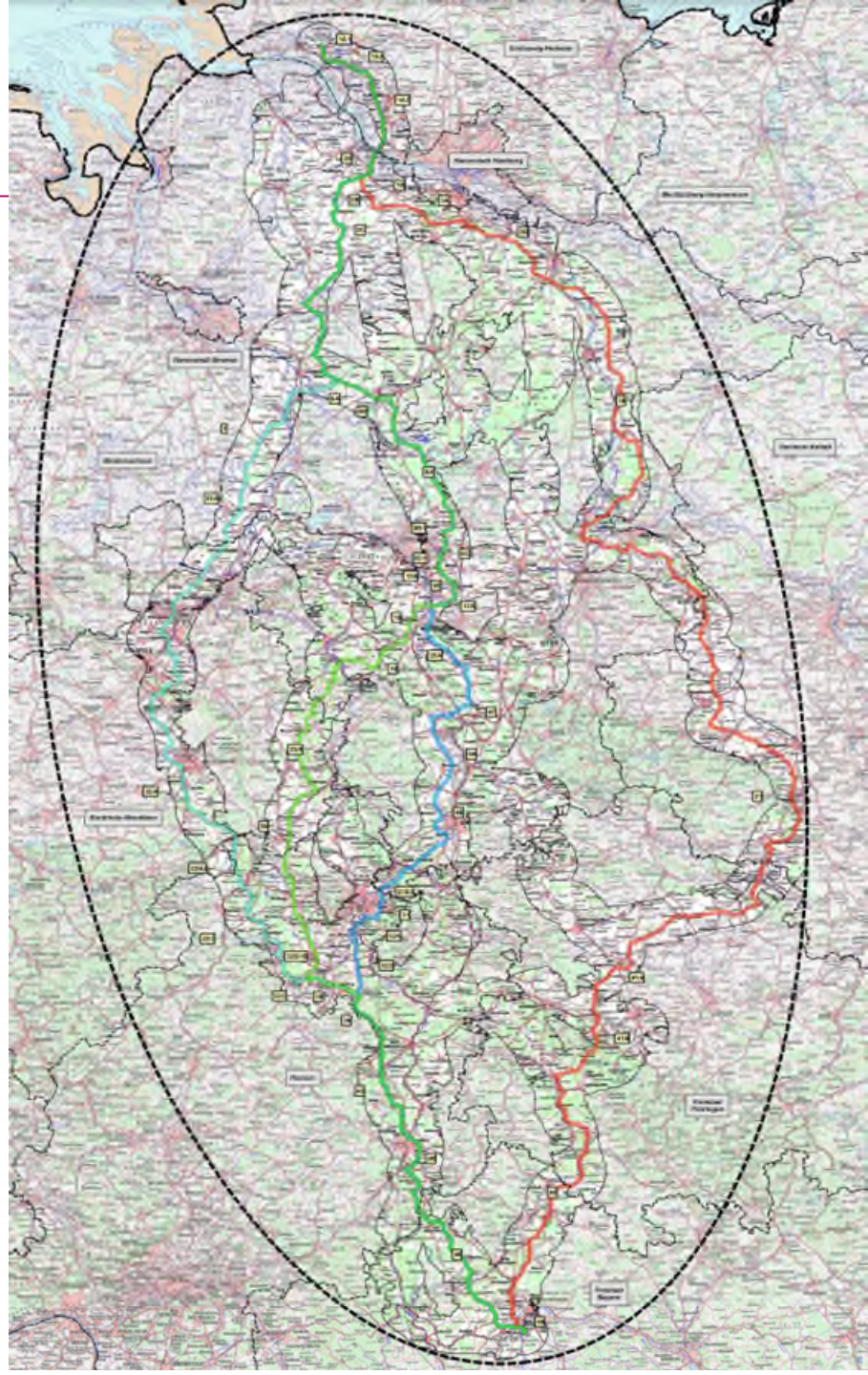
Eignung

- hoch
- mittel
- gering
- sehr gering
- äußerst gering

Ermittlung des Korridorvorschlags

Ergebnis der
Ableitung und des Vergleichs von durchgängigen Trassenkorridoren zwischen den Netzverknüpfungspunkten

> West
> Mitte/West
> Mitte
> Ost

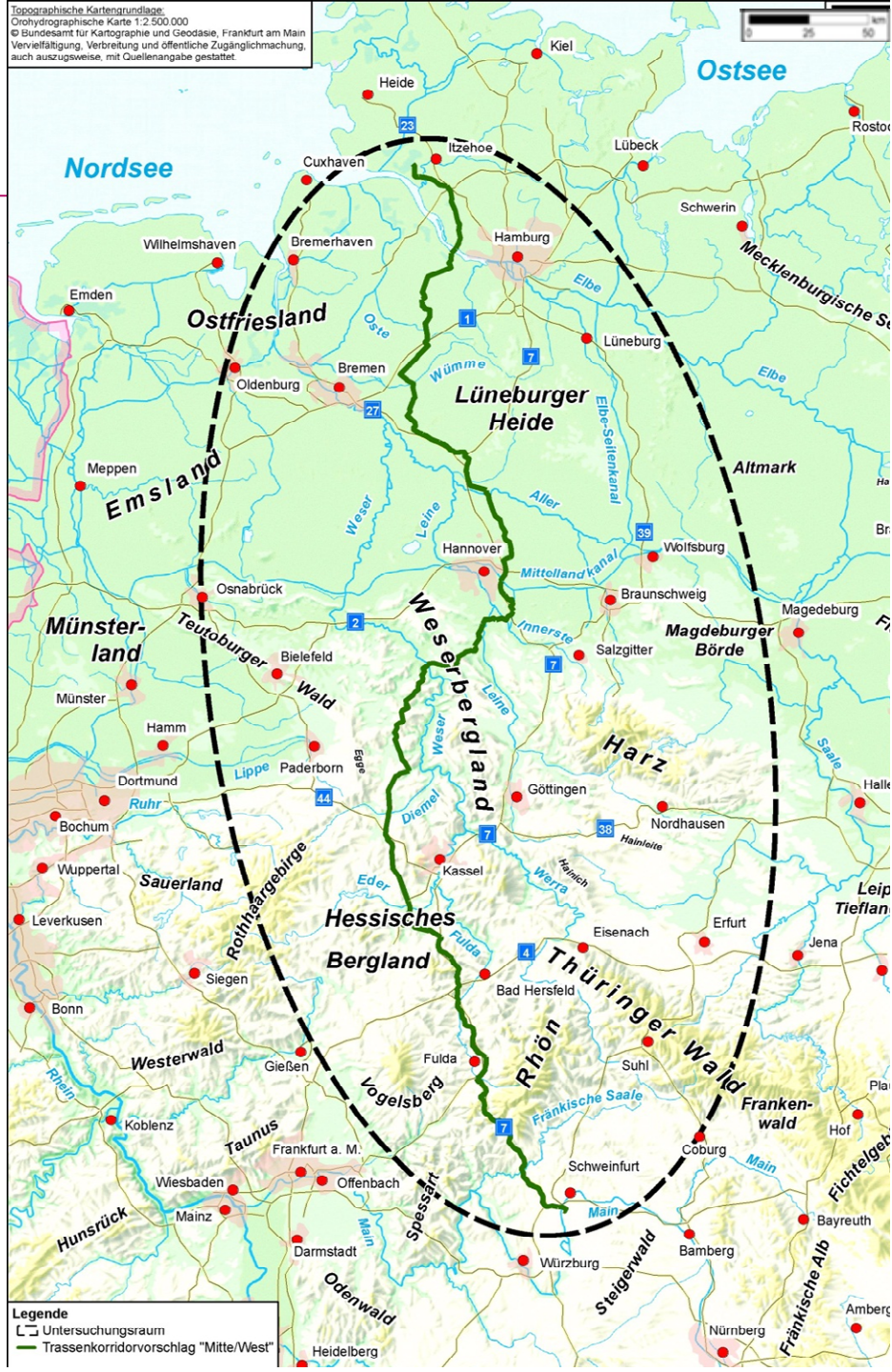


Korridorvorschlag

Der Trassenkorridorvorschlag führt von Wilster in Schleswig-Holstein aus südlich nach Niedersachsen, passiert Verden/Aller und führt dann zwischen Hannover und Lehrte vorbei an Hildesheim in Richtung Süden.

Danach verläuft er in südwestlicher Richtung an Höxter, Beverungen und Warburg und westlich an Kassel vorbei.

Von dort führt er westlich an Bad Hersfeld vorbei in Richtung Süden, um schließlich an Fulda vorbei nach Grafenrheinfeld zu führen.



Great change is here.

Linklaters

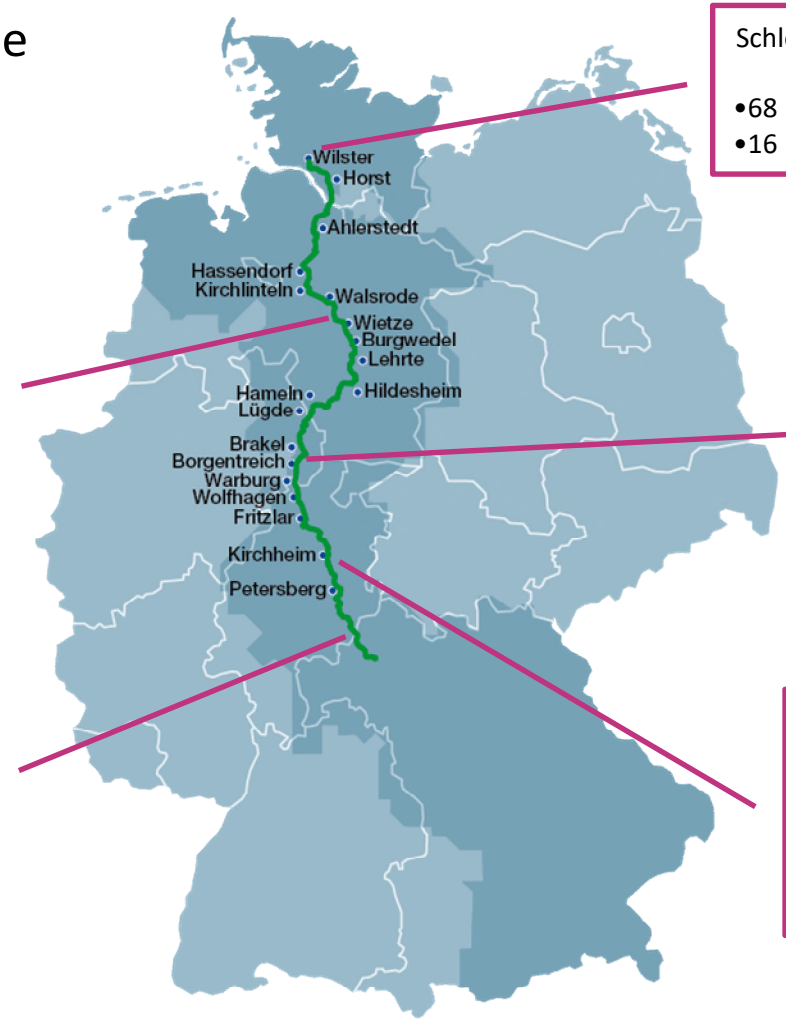
Projektdialog SuedLink

Bis Ende Mai 2014: 20 Infomärkte in vier Bundesländern

1136 konkrete Hinweise und Alternativen

Niedersachsen: 10 Infomärkte / 572 Formulare
- 60 Formulare in Ahlerstedt
- 60 Formulare in Hameln
- 91 Formulare in Hildesheim
- 77 Formulare in Burgwedel
- 50 Formulare in Lehrte
- 44 Formulare in Kirchlinteln
- 73 Formulare in Walsrode
- 68 Formulare in Wietze-Winsen
- 49 Formulare in Hassendorf

Bayern: 3 Infomärkte
- in Wasserlosen
- in Elfershausen
- in Bad Brückenau



Schleswig-Holstein: 2 Infomärkte / 84 Formulare
- 68 Formulare in Horst
- 16 Formulare in Wilster

Nordrhein-Westfalen: 4 Infomärkte / 199 Formulare
- 56 Formulare in Warburg
- 45 Formulare in Borgentreich
- 44 Formulare in Brakel
- 54 Formulare in Lügde / Rischenau

Hessen: 4 Infomärkte / 281 Formulare
- 38 Formulare in Wolfhagen
- 71 Formulare in Fritzlar
- 83 Formulare in Petersberg
- 89 Formulare in Kirchheim

TenneT Taking power further

TRANSNET BW

Unterscheidung zwischen HGÜ- und HDÜ-Vorhaben bei der Erdverkabelung

Der Gesetzgeber unterscheidet im BBPlG seit Ende 2015 zwischen dem

> Erdkabelvorrang für ausgewählte HGÜ-Vorhaben, bei denen lediglich ausnahmsweise eine Führung als Freileitung auf technisch und wirtschaftlich effizienten Abschnitten möglich ist und der

> vorrangigen Realisierung von HDÜ-Vorhaben als Freileitungen. Im Bereich der Drehstromvorhaben ist lediglich für bestimmte Pilotprojekte ausnahmsweise eine Erdverkabelung auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten zulässig.

Hintergrund der Differenzierung: unterschiedliche technisch-betriebliche Erfahrungen bzgl. der Verkabelung bei den Übertragungstechnologien (insbesondere aufgrund des Einsatzes von See- und Erdkabeln zur Anbindung von Offshore-Windparks)

Freileitungsausnahmen gemäß § 3 Abs. 2-4 BBPlG

Fallgruppen:

> Naturschutzrechtliche Ausnahmetatbestände (§ 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 BBPlG), wenn Erdkabel gegen Arten- oder Gebietsschutz verstößt und Freileitung eine zumutbare Alternative ist

> Bündelungsausnahme (§ 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BBPlG), wenn das Vorhaben in oder unmittelbar neben einer Leitung und ohne zusätzliche erhebliche Umweltauswirkungen realisiert werden kann

> Akzeptanzausnahmetatbestand (§ 3 Abs. 3 BBPlG), wenn voraussichtlich von der Leitung betroffene Gebietskörperschaften in der Antragskonferenz nach § 7 NABEG die Prüfung einer Freileitung verlangen

> In allen Fällen muss der Freileitungsabschnitt aber technisch-wirtschaftlich effizient sein

> Alle Freileitungsausnahmen sind ausgeschlossen bei Verstoß gegen die Siedlungsabstandsvorgaben des § 3 Abs. 4 BBPlG („Freileitungsverbot“)

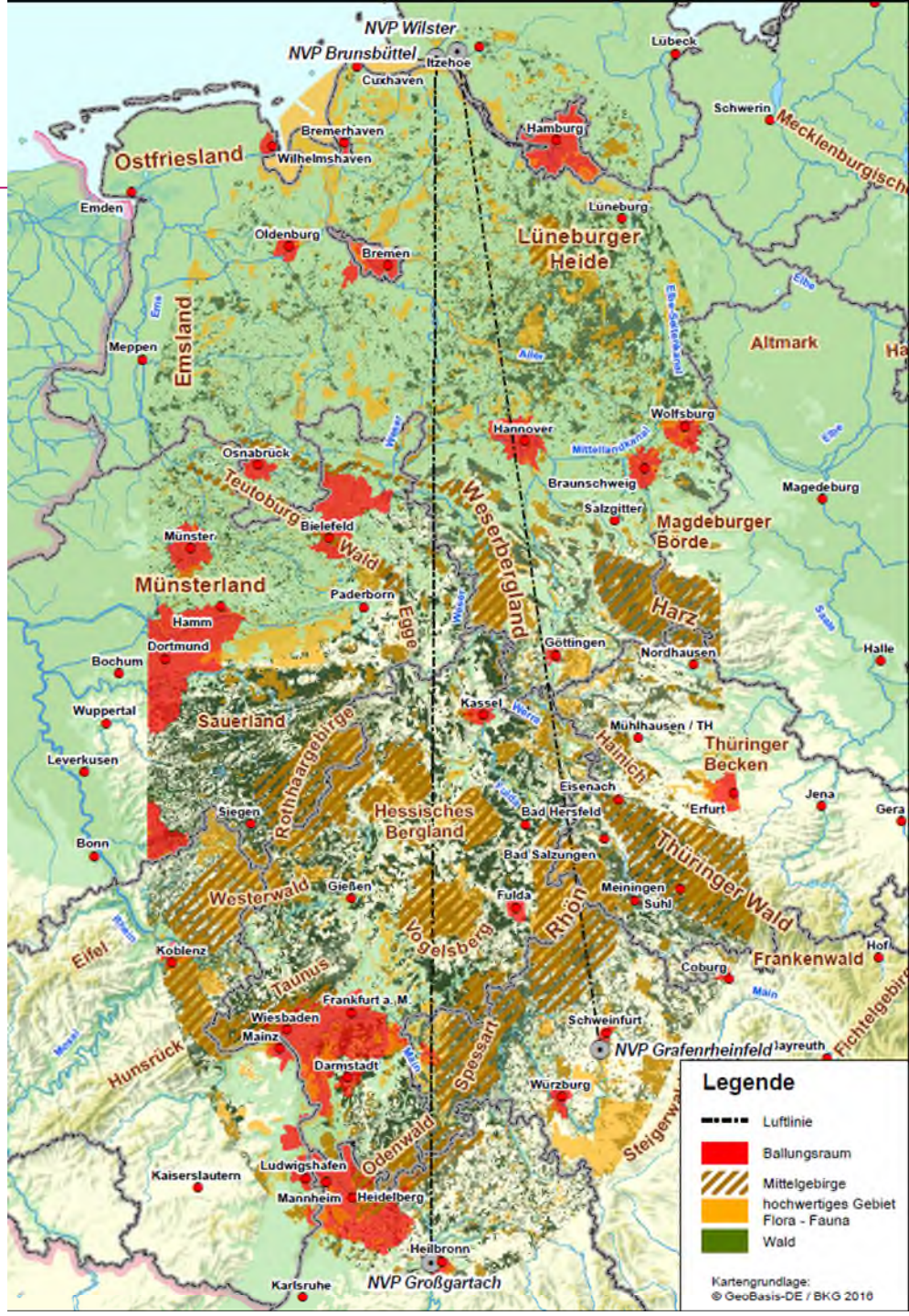
Freileitungsausnahmen haben aber kaum praktische Bedeutung / im HGÜ-Bereich voraussichtlich quasi Vollverkabelung!

Great change is here.

Linklaters

SuedLink 2.0:
Schritte zum Korridorvorschlag

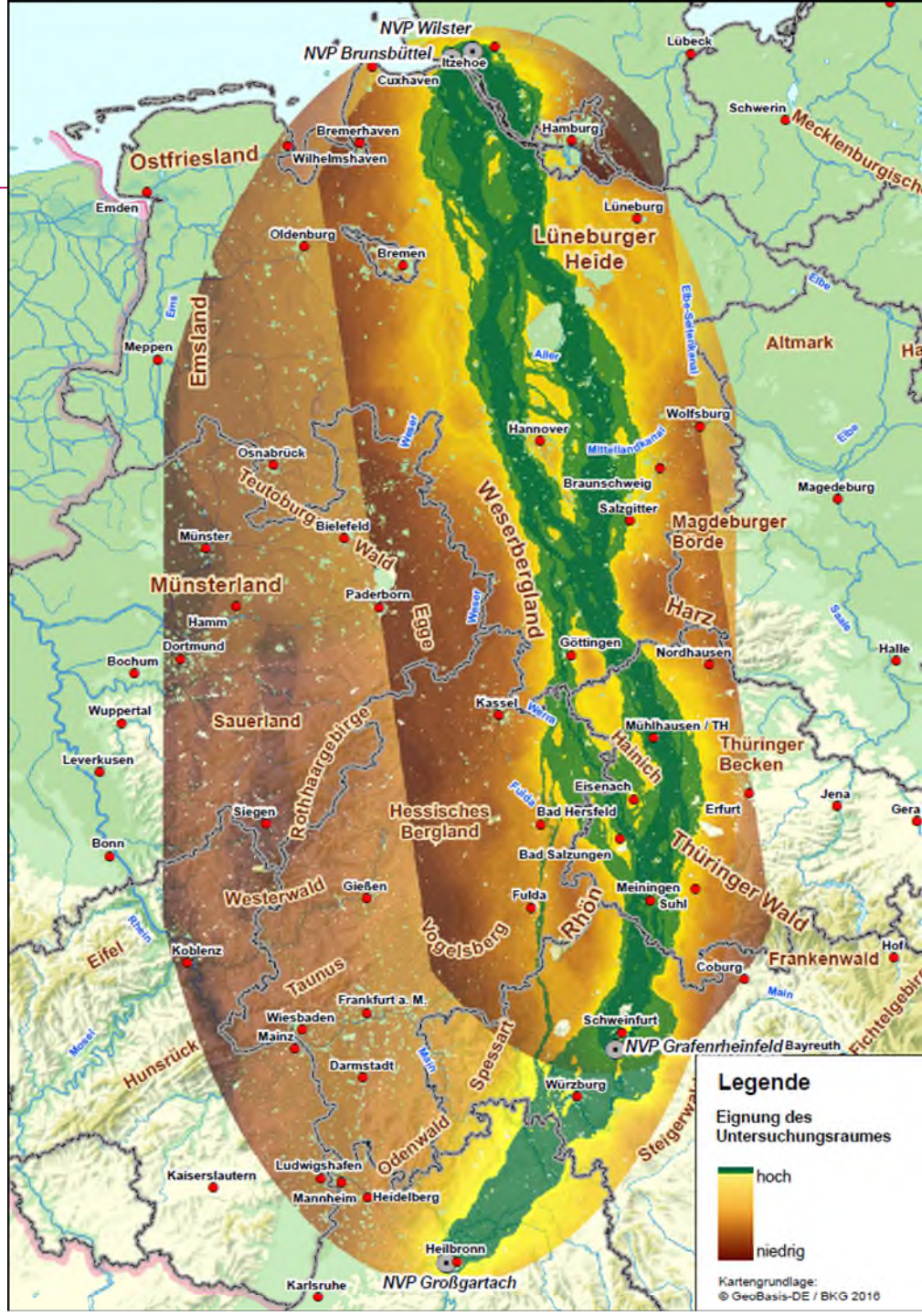
Raumwiderstandsanalyse
mit
Einteilung in
Raumwiderstandsklassen



Great change is here.

Linklaters

Strukturierung des Untersuchungsraums



Ermittlung Korridornetz

Klageverfahren Freistaat Thüringen

> Der Freistaat Thüringen machte im Rahmen der Antragskonferenzen nach § 7 NABEG einen alternativen Korridorverlauf außerhalb seines

> Landesgebiets geltend und berief sich v.a. auf den Gesichtspunkt der Geradlinigkeit (§ 5 Abs. 2 NABEG).

> Das Thüringer Alternativennetz war mit ca. 2200 km sehr umfangreich; es wurde im Wege einer Grobanalyse geprüft und auf Basis der Ergebnisse der Vorhabenträger und weiterer eigener Untersuchungen der BNetzA abgeschichtet.

> Hiergegen hat der Freistaat Thüringen Klage und Eilantrag vor dem BVerwG erhoben.

Geradlinigkeitsvorgabe nach § 5 Abs. 2 NABEG

> Die BNetzA prüft, *„inwieweit zwischen dem Anfangs- und dem Endpunkt des Vorhabens ein möglichst geradliniger Verlauf eines Trassenkorridors zur späteren Errichtung und zum Betrieb eines Erdkabels erreicht werden kann“*.

> Orientierung an der „Luftlinie“ zwischen den Netzverknüpfungspunkten, aber bloß im Sinne eines möglichst kurzen, gestreckten Verlaufs

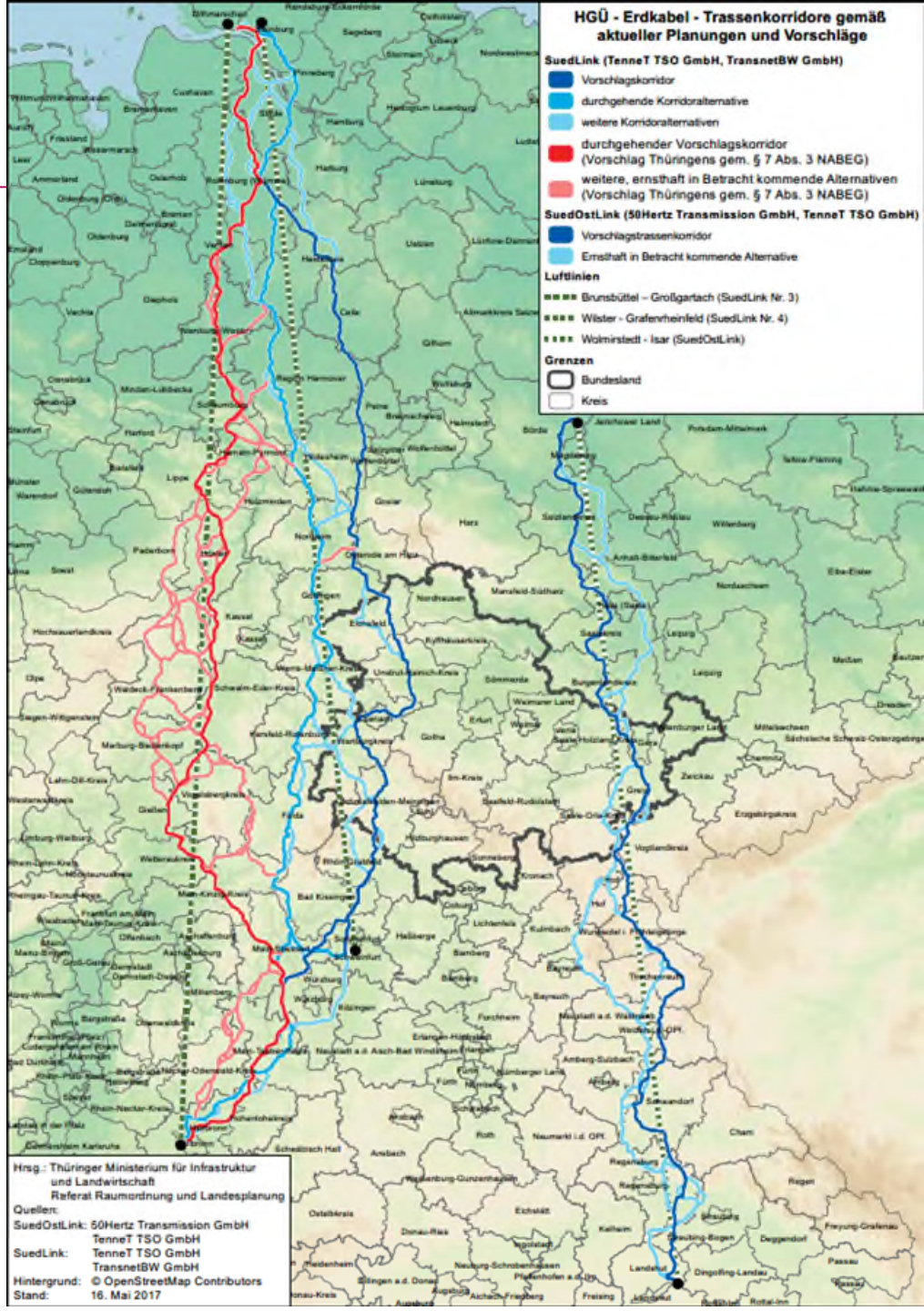
> Zielstellung: Verkürzung der Leitungsführung zur Verringerung von Kosten und Inanspruchnahme von Umwelt und Eigentum

> Abwägungsdirektive bzw. Optimierungsgebot (aber kein zwingender Planungsleitsatz!)

> Vereinbar mit dem planerischen Abwägungsgebot

Alternativvorschlag Thüringer Landesregierung

Eilantrag (BVerwG, Beschluss vom 09.05.2019, 4 VR 1.19) und Hauptsacheverfahren (Entscheidung vom 06.11.2019, A 2.19) erfolglos



4. Lessons learned und Ausblick

Lessons learned und Ausblick

> Bei rückwirkenden Änderungen gesetzlicher Planungsvorgaben Auswirkungen auf die bisherige Planung berücksichtigen

> Politische Einflussnahmen sind in der Regel verfahrensverzögernd und können sogar zur Rechtswidrigkeit der Planung führen (ideal: die Fachleute „einfach einmal arbeiten lassen“)

> Möglichkeiten einer Entschlackung bzw. Vollzugsvereinfachung des materiellen Umweltrechts (z.B. durch Standardisierungen oder vorhabensbezogene Umweltleitfäden wie in DK) nutzen (aber: Unionsrecht setzt enge Grenzen)

> Beschleunigungspotential einer „Legalplanung“ für Stromleitungen sehr fraglich

Fragen? Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Linklaters LLP

Potsdamer Platz 5

10785 Berlin

Tel: (49-30) 21496-0

Fax: (49-30) 21496-100

Linklaters LLP is a limited liability partnership registered in England and Wales with registered number OC326345. It is a law firm regulated by the Solicitors Regulation Authority. The term partner in relation to Linklaters LLP is used to refer to a member of the LLP or an employee or consultant of Linklaters LLP or any of its affiliated firms or entities with equivalent standing and qualifications. A list of the names of the members of Linklaters LLP and of the non-members who are designated as partners and their professional qualifications is open to inspection at its registered office, One Silk Street, London EC2Y 8HQ, England or on www.linklaters.com and such persons are either solicitors, registered foreign lawyers or European lawyers.

Please note that the proposed fee arrangements, client details, referee details and working methodology descriptions contained in this document are confidential to Linklaters and will remain so for a period of four years from the date of this document.

Please refer to www.linklaters.com/regulation for important information on our regulatory position.